

# HOFFNUNG AUF DIE EGALITÄRE STADT

Yvonne Franz  
Raphael Kiczka  
Robert Misik  
Irina Vana  
Paul Werner

Die Stadtgeografin Yvonne Franz, der Politologe und »Recht auf Stadt«-Aktivist Raphael Kiczka, der Publizist Robert Misik, die Soziologin und Sozialhistorikerin Irina Vana und der US-amerikanische Autor und Verleger Paul Werner trafen einander im alten SDAP-Parteiivorstandssaal des Vorwärts-Hauses zu einem Gespräch über Wohnungs- und Sozialpolitik, aktuelle politische Perspektiven und das Erbe des Roten Wien. Moderation: Georg Spitaler.



aktuelle Wohnbaupolitik anzuschauen. Es ist so, wie es Karl Seitz 1930 gesagt hat, als er den Karl-Marx-Hof eröffnete: Wenn wir nicht mehr da sind, werden die Steine für uns sprechen. Vieles, was Wohnpolitik in Wien heute angeht, hängt mit dem Roten Wien zusammen. Wie kann man hochwertigen, aber trotzdem leistbaren Wohnraum für viele Menschen schaffen? Da hat das Rote Wien eine Antwort gegeben, die anscheinend noch immer reizvoll ist. Eine Mietwohnung hat 1926 vier Prozent des Lohns einer Arbeiterin oder eines Arbeiters gekostet, heute sind es 30, manchmal über 50 Prozent. Wie kann man also aus dem Roten Wien lernen? Aus der aktivistischen Perspektive arbeiten wir stark damit: Was gab es da für politische

Instrumente? Den Wohnungsmarkt sehr bewusst kaputtzumachen, um dann im zweiten Schritt selber zu bauen. Wenn es so gut geklappt hat, dass in zehn Jahren 64.000 Wohnungen für 225.000 Menschen gebaut worden sind, was kann man davon für heute mitnehmen? Man kann

das Rote Wien gar nicht ausschließlich historisch diskutieren, es hat immer mit der Gegenwart zu tun. Wie weit organisiert der Markt den Wohnraum? Sollte man damit Profit machen? Das sind ganz aktuelle politische Fragen. **MISIK** Als Jugendlicher gab es die Ausstellung *Mit uns zieht die Neue Zeit*,<sup>1</sup> die für mich und für viele prägend war. Diese Ausstellung zum Roten Wien hatte schon damals eine gewisse Subversivität und ein kritisches Element, nämlich der aktuellen Sozialdemokratie ihre Beispielhaftigkeit der Zwanzigerjahre vorzuhalten. Als Journalist habe ich bei der *Arbeiter-Zeitung* begonnen, die als Zeitung der Sozialdemokratie und Gründung von Victor Adler gewissermaßen parallel zur Geschichte des Roten Wien lief. Ohne das spezifische Bündnis von Arbeiterbewegung, einer Politik für die einfachen Leute und einer liberalen Bourgeoisie sowie avancierten künstlerischen und publizistischen Strömungen, die gemeinsam die intellektuelle Welt des Fin de Siècle ausmachten, lässt sich die Sozialdemokratie in Österreich, aber auch die *Arbeiter-Zeitung* und damit die Publizistik, in die ich fast automatisch hineingewachsen bin, nicht erklären. Doch um an das anzuschließen, was Sie gesagt haben: Das Rote Wien ist vielleicht das ein-

zige Beispiel auf der Welt für so etwas wie einen radikalen, fast revolutionären Reformismus. Man muss es vielleicht nicht so radikal formulieren und sagen »den Markt kaputtzumachen«, aber auf jeden Fall ist klar, dass mit dem Geld, das durch Besteuerung eingenommen wurde, nicht einfach umverteilt wurde, wie es die Nachkriegssozialdemokratie favorisiert hat, sondern man tatsächlich eine Immobilienwelt jenseits des Marktes etabliert und damit den Markt zumindest in seine Schranken gewiesen hat. Die Sozialdemokratie ist immer noch sehr stolz auf die Ergebnisse des Roten Wien, aber die waren nur möglich, weil man die Regeln des Marktes neu definiert hat. Diesen Mut würde sie heute in dieser Form nicht aufbringen. **VANA** Wohnpolitik wurde im Roten Wien tatsächlich als Sozialpolitik umgesetzt. Die Zwischenkriegszeit ist insgesamt die Wiege des sozialpolitischen Systems in Österreich. Ich habe mich vor allem mit der Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenverwaltung auseinandergesetzt, wo Grundprinzipien mitetabliert worden sind, auf denen das heutige System aufbaut. Gleichzeitig sind heute viele Errungenschaften, die in der Zwischenkriegszeit ausgehandelt wurden, unter den Bedingungen, unter denen auch das Rote Wien entstand, wieder infrage gestellt. Ein Beispiel ist das Element der Selbstverwaltung. In der Arbeitslosenversicherung fiel diese bereits mit dem Austrofaschismus, aber in der Krankenversicherung ist die Selbstverwaltung bis heute ein wesentliches Element, das durch die jetzige Regierung in Zweifel gezogen wird. Das Rote Wien und einzelne seiner ProtagonistInnen waren wesentlich dafür, wie Sozialpolitik in Österreich gedacht und gelebt wurde. **FRANZ** Implizit spielt die Zwischenkriegszeit auch für meine Forschungs- und Lehrtätigkeit eine Rolle. Mein Wissenschaftskontext ist die sogenannte Stadtaufwertung, ich habe mir die Wohnungsmärkte in New York, Berlin und Wien angesehen und mich gefragt, wie die politischen Akteurskonstellationen, die hier wirken, aussehen und welche politischen Rahmenbedingungen, aber auch Planungsinstrumente es gibt, um gewissen Aufwertungsprozessen Einhalt zu gebieten. Was mir in Wien auffällt, ist, dass man stolz auf die Errungenschaften ist, aber keine Innovation hinzukommt. Im internationalen Vergleich erscheint Wien zunächst als perfektes Beispiel, aber keine Stadt kann Wien kopieren, weil es spezifische sozialpolitische Voraussetzungen in dieser Zeit gab, aber auch bestimmte Wohnungs- und Bodenmechanismen. Die Bodenpreise waren extrem günstig, die Stadt konnte das damals als aktiver Akteur kaufen und profitiert heute davon. Das, was wir in der Stadt-

**Wohnpolitik wurde im Roten Wien tatsächlich als Sozialpolitik umgesetzt. Die Zwischenkriegszeit ist insgesamt die Wiege des sozialpolitischen Systems in Österreich.**

IRINA VANA

geografie explizit einfordern, aktive Bodenpolitik, ist heute sehr viel schwieriger als damals. Zweitens fühle ich mich in der Lehre gemeinsam mit meiner Kollegin Elisabeth Gruber verpflichtet, den Studierenden zu zeigen, dass alles historische Entwicklungslinien hat. Hier diskutieren wir auch die persönliche Situation und fragen: Hättet ihr denn Zugang zu einem Gemeindebau oder zu einer genossenschaftlichen Wohnung? **WERNER** Vor ungefähr zehn Jahren war ich bei einer Veranstaltung des *Austrian Cultural Forum* in New York über die Wiener Wohnungspolitik. Es war alles sehr mild, nicht einmal der Name Karl Marx wurde erwähnt. In einem Panel saßen Stadtplaner aus New York und Österreich und erzählten, wie toll die Konzepte in New York und Wien seien. Ich stand auf und stellte den Wienern die entscheidende Frage, wie die Wohnbauten heute finanziert würden, nämlich durch Kapitalisierung, das heißt Anleihen. Natürlich bezog ich

mich damit auf die Wohnbausteuer im Roten Wien und den sinngemäßen Satz der damaligen Politik, diese Bauten seien aus dem Vermögen der reichen Kapitalisten erbaut. Darauf sagten die Stadtplaner bezeichnenderweise nichts.

**SPITALER** Robert Misik sprach davon, es gäbe heute weniger Mut in der Politik. 64.000 Gemeindewohnungen wurden bis 1934 gebaut, aktuell sind es einige Hundert, für die nächsten Jahre sind 4.000 geplant. **VANA** Ein wesentlicher Punkt ist, dass Wien sich an internationale Verträge gebunden fühlt. Es geht um die Frage, wie viele Direktfinanzierungen überhaupt möglich sind. Der EU-Fiskalpakt und andere Verpflichtungen werden auf Gemeindeebene als Rechtfertigung herangezogen, um zu sagen, dass kein Geld vorhanden sei. Und der bereits angesprochene Punkt der Bodenpolitik spielt eine Rolle: Welchen Boden, welchen Raum behalte ich mir als Gemeinde eigentlich vor, um leistbaren Wohnraum zu schaffen, und wen finanziere ich dabei mit, woher kriege ich diesen Raum? Das macht die Bedingungen von damals und heute unterschiedlich und begründet den Unwillen der jetzigen Stadtregierung, tatsächlich zu investieren und neue Gemeindebauten zu bauen – was aber ein wichtiger Schritt wäre, um Wohnbaupolitik wieder im Sinn einer sozialpolitischen Initiative umsetzen zu können. **MISIK** Natürlich ist die Stadt durch den geförderten Wohnbau weiter sehr aktiv. Was Wien aber lange



Zeit versäumt hat, war zu begreifen, welche Veränderungsdynamiken sich derzeit abspielen. In einer Stadt, die in einem Jahrzehnt um circa 260.000 Menschen wächst, hat man ein Problem, wenn man das verschläft. Gleichzeitig passiert ja einiges, die Seestadt Aspern,<sup>2</sup> das Stadtentwicklungsgebiet rund um den ehemaligen Nordwestbahnhof<sup>3</sup> – man kann diskutieren, wie gut das alles ist, aber natürlich ist es ein Eingreifen in den Markt, wenn durch aktive Baupolitik versucht wird, den Mangel in den Griff zu bekommen. Der geförderte Wohnbau und die Gemeindebauten haben immer auch Spill-over-Effekte auf den normalen Markt, denn durch Mangel steigen die Mieten. Ich finde aber interessant, dass wir nur über die Wohnbauten sprechen, denn das kam ja auch nicht aus dem gesellschaftlichen Nichts. Das Rote Wien ist nicht nur Gemeindebau, sondern steht für die Strukturierung des Lebens durch ein breites Vereinswesen der Arbeiterbewegung. Es beinhaltet einen Spirit, eine Kombination aus liberalen, progressiven Mittelschichten, einem teilweise jüdischen Bürgertum und verschiedenen Institutionen der Arbeiterbewegung. Diese Formen, die das Lebensgefühl einer egalitären Stadt strukturiert haben, gibt es immer noch. Aber wir gehen durch sie wie durch Museen, deren Artefakte wir nicht mehr verstehen. Unsere Kinder gehen selbstverständlich in die städtischen Büchereien, deren Herkunft aus Arbeiterbildungsinstitutionen wir nicht mehr kennen. Zum Teil gibt es also den Fluch des Erfolgs. Organisationen, die eigentlich widerständig aus der Zivilgesellschaft aufgebaut waren, sind durch ihren Erfolg kommunalisiert worden und werden als staatliche Institutionen angesehen. Dass das Recht darauf ein erkämpftes war, ist noch viel stärker verschüttet als die Gemeindebauten, die eh jeder sieht.



**WERNER** Ich finde, Sie versuchen hier die Quadratur des Kreises. Es ist ziemlich unsinnig, wenn es um das Rote Wien geht, die Frage der Institutionen durch die Perspektive dieser Institutionen zu sehen. Mir scheint, wir müssen das Rote Wien von außerhalb unserer eigenen Position als Intellektuelle, die als Experten der Verwaltung zuarbeiten, betrachten. Ich finde es viel produktiver, mich mit den Freudomarxisten zu beschäftigen, mit fortschrittlichen Organisationsformen wie den Räten, der Suche nach Autonomie, die einen Kernpunkt des Roten Wien ausmachte und Denker

**Die Sozialdemokratie ist immer noch sehr stolz auf die Ergebnisse des Roten Wien, aber die waren nur möglich, weil man die Regeln des Marktes neu definiert hat.**

ROBERT MISIK

von Freud bis Max Adler beschäftigte – aber natürlich auch mit dem Aspekt der bürokratischen Kontrolle, der immer wieder am Roten Wien kritisiert wurde. **MISIK** Allerdings war das Rote Wien schon selbst eine Entscheidung für eine bestimmte bürokratische Form. Gerade in der Baupolitik gab es ja in den ersten Jahren nach 1918 noch die große Zwei-Pfad-Auseinandersetzung Arbeitersiedlerbewegung versus große Gemeindebauten. Neben den praktischen Gründen – die Wohnungsnot hätte durch Einfamilienhäuser nicht in so kurzer Zeit bekämpft werden können – ist es fast eine politisch-philosophische Entscheidung gewesen. **VANA** Wobei Siedlungspolitik und Gemeindebauten kein Widerspruch sind. Es hat ja auch in den 1930er Jahren noch Siedlungsbauten gegeben, als die großen Gemeindebauten schon wieder weniger stark forciert wurden. Die Gemeindebauten hatten aber unter anderem auch einen Arbeitsmarkteffekt, man hat die wesentlichen Arbeitsmarktsegmente, die Metallindustrie und das Baugewerbe, gefördert. Es ist kein Zufall, dass die ersten Arbeitsämter, die in den 1920er Jahren mit einer tarifvertraglichen Obligation ausgestattet worden sind, diese beiden Facharbeitsnachweise<sup>4</sup> waren, die dann auch als öffentliche Arbeitsämter fungierten. Man hatte die Möglichkeit, über die Wohnbaupolitik Einfluss auf das soziale Leben zu nehmen. **FRANZ** Man hat damals schon integrativ und über Ressorts hinaus gedacht – was wir heute wieder verzweifelt versuchen. Was ist in der Zwischenzeit passiert, dass dieses übergreifende Denken verloren gegangen ist? Man könnte es auch als Saturierung beschreiben, gewohnt zu sein, dass man versorgt wird, in der Bildung, Gesundheit, im Wohnen, in der Kultur. Im internationalen Vergleich – wenn man in New York Kultur konsumieren möchte, ist das ungleich teurer als in Wien. Wir haben hier so viele Errungenschaften, die wir als selbstverständlich nehmen. Wo ist uns der Wille zur Weitergestaltung verloren gegangen, nicht nur aus paternalistischer Verwaltungssicht, sondern auch emanzipatorisch von unten – ist das fehlender Leidensdruck? **KICZKA** Ein Beispiel ist, wie mit Delogierungen umgegangen wird. In Spanien organisieren sich die Menschen, gehen auf die Straße, weil ihnen auch nichts anderes übrig bleibt. In Wien gibt es, und das ist durchaus positiv, viele Institutionen, an die ich mich wenden kann. Aber die Bearbeitung ist eine individuelle, das Rechtssystem individualisiert. Darum haben es Bewegungen in Wien immer schwer, weil die Leute das Vertrauen haben, irgendwer macht das schon für sie. Die Entscheidung Siedlungs-

bau oder Gemeindebau hat wahrscheinlich viele Gründe, aber ein Nebeneffekt war auch Kontrolle. Natürlich war in den großen Höfen auch ein Parteilokal, und die Partei hat gesagt, wo es langgeht. Es gab zwar auch teilweise selbst organisierte Mieterbeiräte, die haben es aber zum Beispiel nicht geschafft, bei der Eröffnung des Karl-Marx-Hofs zu sprechen.

**SPITALER** Wenn im Hinblick auf »Recht auf Stadt« oder Urban Commons auf das Rote Wien Bezug genommen wird, werden – vielleicht romantisiert – gerade die Siedlerinnen und Siedler als Beispiel einer selbst organisierten Gruppe genannt, die aus heutiger Sicht alles richtig gemacht hat. **KICZKA** So einfach würde ich das nicht sagen. Aber das Rote Wien ist auch nicht einfach idealistisch entstanden. Es gab schon 1910/11 großen Protest auf der Straße, die Teuerungsrevolten, darauf hat die Politik reagiert. Es ist also eher die Frage, wie kann man es schaffen, dass die Leute wieder ihr Leben in die eigenen Hände nehmen und sich organisieren, weil das näher an ihren Bedürfnissen ist. **MISIK** Zunächst hatte die Politik gar nicht reagiert, sondern es gab einen Krieg, einen Zusammenbruch, der auch Revolution war, der die Republik in den Schoß gefallen ist. Der österreichischen Sozialdemokratie ist es gelungen, die Einheit der Partei zu bewahren, sie hat einen anderen Pfad genommen als die SPD in Deutschland, war aber nicht weniger vorsichtig und furchtsam. Den Reflex »Räterepublik – um Gottes willen« hat sie natürlich auch gehabt. Die Sozialdemokratie konnte im Austausch dafür, dem Bürgertum Ruhe zu garantieren, extrem viel durchsetzen, nicht nur in Wien, sondern auch auf der nationalen Ebene – Stichwort Arbeitslosenversicherung, Urlaubsversicherung, Arbeiterkammern. Es ist kein Wunder, dass die aktuelle Regierung versucht, genau solche Dinge, die 1919 eingeführt wurden, zurückzunehmen oder zu beschneiden. **VANA** Weil Raphael Kiczka Aktivismus und die Haltung »die Partei wird's schon richten« gegenübergestellt hat: Man muss bedenken, dass das Rote Wien und die Sozialdemokratie diese Dinge durch die starke Mobilisierung auf der Straße durchsetzen konnten. Sie haben zwar einerseits den Vorwurf von links bekommen, die Arbeit für das Bürgertum zu leisten und den sozialen Frieden zu sichern, das war auch einer der Vorwürfe, die gegen die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsvermittlung immer wieder vorgebracht wurden. Andererseits waren diese Institutionen nur möglich, weil die



Massen auf die Straße gegangen sind. **KICZKA** Da geht es um Kräfteverhältnisse. Natürlich hat es Auswirkungen, wenn es Druck von links gibt, genauso wie soziale Kürzungen in Westeuropa bis 1989 nicht so möglich waren, es galt zu zeigen, dass der Westen besser ist als die Sowjetunion. Jetzt gibt es das nicht mehr, und jetzt sehen die Kräfteverhältnisse ganz anders aus. In der Stadtverwaltung waren viele Einrichtungen schon vor dem Roten Wien kommunalisiert, darauf konnte aufgebaut werden. Nun gibt es seit den 1980er Jahren viele Holdings, da sagt die Politik, die müssen betriebswirtschaftlich arbeiten, was sollen wir tun? **WERNER** Der Mai 1968 in Paris verdankte viele Impulse dem Roten Wien, ich denke etwa an die Texte von Max Adler zum Räteresystem, die neu herausgegeben wurden. Aber mindestens genauso wichtig für die Einordnung von 1968 ist das, was danach kam. *Occupy* und andere Bewegungen haben nichts mit 1968 zu tun, sie interessieren sich nicht für Arbeiterräte oder Autonomie, sie haben 1968 usurpiert. Der wichtigste Begriff 1968 war *participation*, und jeder wusste, was damit gemeint war. Heute steht dieser Begriff für Pazifizierung. Die Bourgeoisie ist vielleicht im Einzelfall dumm, aber nicht als Ganzes.

**SPITALER** Um noch einmal auf das Thema Sozialpolitik zurückzukommen: Hatte das Rote Wien nicht wenig Zugriffsmöglichkeit auf den Bereich der Arbeitsverhältnisse? **VANA** Der wesentliche Einfluss bestand über die Wohnbaupolitik. Die Art, wie die Arbeitsmarktverwaltung organisiert wurde, war kein direkter Effekt des Roten Wien, aber die Stärke der ArbeiterInnenbewegung ist wesentlich dafür, wie sie aufgestellt wurde. Die Anfänge der Arbeitsmarktverwaltung liegen in Österreich bereits in den 1890er Jahren. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte man Angst vor den Heimkehrern, es mussten Arbeitsplätze freigemacht und dem erwarteten Chaos entgegengewirkt werden – das ging damals vor allem zulasten der Frauen. Schon zu dieser Zeit sind die ersten industriellen Bezirkskommissionen<sup>5</sup> aufgestellt worden, die paritätisch besetzt wurden und bei denen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie wesentlichen Einfluss genommen haben. Darauf hat die Arbeitsmarktvermittlung später aufgebaut. Die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung 1920 beinhaltet ein Anspruchsrecht auf die Auszahlung von Arbeitslosengeld und die Verwaltung durch eine paritätische Kommission. Wien hat die meisten Arbeitslosen verwaltet, das lag unter anderem daran, dass Arbeitslosigkeit als industrielles, städtisches Phänomen gefasst wurde und in der Stadt die meisten Versicherten zu finden waren – in ländlichen Gebieten hat man den Leuten nicht zugestanden, arbeitslos zu sein. Versichert waren ehemals Beschäftigte, dieses Konzept war eng mit

jenem der Beruflichkeit verbunden. Versicherten Arbeitslosen wurde über einen bestimmten Zeitraum ein Berufsschutz garantiert, um in ihren Berufen Arbeit zu suchen. Das waren wesentliche Forderungen der Gewerkschaft. Eine der ersten Schriften dazu, wie sich die Sozialdemokratie die Arbeitsvermittlung vorstellt, wurde 1889 von Jakob Reumann verfasst, dem späteren Bürgermeister des Roten Wien. Darin vertrat er die Forderung nach paritätischer Vermittlung, nach dem Streikrecht, aber auch die Vorstellung, dass es im Sinne eines geordneten Arbeitsmarkts eine übergeordnete Arbeitsvermittlung braucht, um die Arbeiter und Arbeiterinnen vor der sogenannten Umschau zu schützen, also dem Zwang, die eigene Arbeitskraft vor den Fabrikatoren verkaufen zu müssen. **MISIK** Interessant dabei ist, dass es bei jedem dieser Schritte zur Etablierung einer Institution und dadurch auch zu einer Bürokratie kommt, die, so nehme ich an, auch mit dem inneren Habitus von staatlichen Institutionen operiert – der Bürger ein Bittsteller. Es stellt sich die Frage, wie das in den 1920er und 1930er Jahren auf der Mikroebene war, ob die Magistratsbediensteten anders agiert haben als die ehemaligen monarchischen Obrigkeiten. Ich kenne das noch aus der eigenen Familie: Meine Großmutter war sehr engagiert, was geheißen hat, sie ist von Pontius zu Pilatus gelaufen, bis sie an den Beamten oder dessen Chef geraten ist, der die eigenen Wünsche erfüllt hat. **VANA** Dazu fallen mir zwei Anekdoten ein: ArbeitsvermittlerIn war ursprünglich kein eigener Beruf, wie auch die Fürsorgerin in der Zeit neu erfunden wurde. Das waren keine offiziellen BeamtInnen, und um sich vor den Beschimpfungen der Arbeitslosen zu schützen, haben diese um 1924/25 gefordert, dass sie eine Uniform bekommen. Was in dieser Zeit auch geschaffen wurde und das Bild der Arbeitsämter so stark prägt, ist der Auszahlungsschalter. Das Wort, das dies in der Zwischenkriegszeit zum Ausdruck brachte, ist »das Stempeln«, das heißt, sich beim Amt die Arbeitslosenkarte stempeln zu lassen. Auch in der architektonischen Umsetzung der neu geschaffenen Arbeitsämter wurde eine eigene Idee von Verwaltung mitproduziert. Die beiden schon erwähnten Arbeitsämter, die Facharbeitsnachweise, waren die ersten, die architektonisch tatsächlich als Arbeitsämter ausgestattet worden sind. Davor hatten die sogenannten Gewerkschaftsnachweise einen Raum, in dem offene Stellen ausgerufen wurden. So waren alle darüber informiert, welche Stellen es gab. Die Arbeitsämter brachten eine bestimmte Individualisierung, beim Arbeitsamt der Metaller wurden individualisierte Büros, wie heute, eingerichtet, wo die Arbeitslosen nur mehr ihrem eigenen Berater oder ihrer Beraterin gegenüber saßen, und die anderen Arbeitslosen keine Ahnung hatten, wem welcher Job angeboten wurde. Es gab starke Kritik daran von den Arbeits-

losenorganisationen, die vor allem kommunistisch geprägt waren, es gab aber auch Arbeitsämter, wo diese als Ordner fungierten. In den Jubiläumsschriften der Arbeitsämter steht, dass man versucht hat, der Vermassung der Arbeitslosen – das ist eine tatsächliche Formulierung – entgegenzuwirken, indem lange, gut einsehbare Gänge geschaffen wurden und so weiter. **KICZKA** Ich glaube, der zentrale Punkt ist tatsächlich die Individualisierung, was etwas ganz anderes ist, als wenn sich die Arbeitslosen organisieren. Es ist spannend, zu überlegen, in welcher Weise da Pazifizierungen stattfanden. Das gilt aber auch im Rahmen von aktueller Bürgerbeteiligung. Alle schreien heute nach Beteiligung, aber ist es die Farbe der Bank, die man mitentscheiden kann, oder geht es grundsätzlich darum, was wirklich mit dem Gebiet gemacht wird? **MISIK** Natürlich kann man über Partizipationsmodelle Konflikte besänftigen, aber heute wird doch eher im Gegenteil händeringend versucht, irgendwelche Partizipationsmodelle zu entwickeln, um Legitimation für das politische Handeln herzustellen – und keines funktioniert, weil nur die Pensionisten hinkommen, böse gesagt. Welche alleinerziehende Mutter, die ihr Kind um fünf vom Kindergarten abholt, nimmt an so einem Partizipationsmodell teil? **FRANZ** Das andere ist die Frage, ob es tatsächlich um strukturelle Veränderungen oder um Beschönigungsmaßnahmen, Scheinpartizipation, geht. **MISIK** Raphael Kiczka sprach von der Parteiorganisation im Gemeindebau, die natürlich eine mächtige Funktion hatte. Aber die Parteiorganisation im Stadtviertel spielte im allerbesten Fall auch eine Rolle für die Strukturierung des Lebens im Viertel. Umgelegt auf heute wäre es doch gut, wenn wir lebendige Stadtteile haben, wo die Leute tatsächlich in der Lage sind, die Strukturen zu beeinflussen. Wenn ich mein Viertel ein bisschen



beleben kann, meine Nachbarn kennenlernen und vielleicht ein bisschen Spekulation bekämpfe, auch wenn es den Kapitalismus nicht groß verändert. **FRANZ** Wir sind auch in einer Situation sich verändernder Zuwanderungsregime. Nicht jeder, der in dieser Stadt wohnt, ist auch an der demokratischen Teilhabe

beteiligt. Gerade deswegen ist es extrem wichtig, darüber zu diskutieren, ob zumindest lebendige Stadtteile in meiner Hand liegen, obwohl ich nicht zur Wahl gehen kann. Das gilt auch für Sozialpolitik: Wenn ich in vielen Bereichen keinen Zugang habe, müssen wir darüber diskutieren, in welcher Form ich dann überhaupt Teilhabe ausüben kann – nur hier in der Stadt zu sein, aber nichts nutzen zu dürfen? **KICZKA** Wenn das Ziel wäre, Zugang zu sozi-

aler Infrastruktur für möglichst viele Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner zu ermöglichen, geht es im Moment genau in die andere Richtung. Stichwort Wien-Bonus: Wer hier schon lange lebt, hat mehr Rechte, der bekommt leichter eine Gemeindebauwohnung. Da schränkt man die Rechte und Möglichkeiten stark ein, diese Stadt mitzugestalten. **FRANZ** Dann haben wir noch den Prozess der Finanzialisierung: Wenn man sich alles durch eigene finanzielle Mittel privat regeln kann, gibt es viele Möglichkeiten. Wenn man diese Option nicht hat, ist man komplett der Umverteilung und eventuell sogar einem Wohlfahrtsstaat-Chauvinismus ausgeliefert. **KICZKA** Es gibt schon wieder Bettgeher wie 1918, sechs Matratzen in einer Wohnung. Ohne die passenden Papiere kann man dagegen nichts machen, wie sollen sich diejenigen organisieren, die in dieser prekären Situation sind?

**SPITALER** Ein Begriff, der in Recht-auf-Stadt-Konzepten auftaucht, ist Dekommodifizierung. Die Höfe, die im Roten Wien geschaffen wurden, waren vielleicht kein öffentlicher, sondern nur ein teilöffentlicher Raum – nicht jeder durfte hinein, es durften nicht alle Kinder dort spielen usw. Aber sie waren dennoch nicht kommerziell organisiert. Davon sind wir heute weit entfernt. **MISIK** Natürlich ist das so, aber wenn ich zum Beispiel an den Floridsdorfer Gemeindebau denke, in dem meine Großmutter gewohnt hat, ist der heute offener als früher. Das Spielen der Kinder wird mehr toleriert als zu meiner Zeit. Aus Ansporn gegen die Anonymität, die auch politisch dazu führt, dass die Leute schlechter Laune sind, bemüht man sich, dieses und jenes, was die Leute zusammenführt, zu institutionalisieren. Es gibt jetzt plötzlich Urban Gardening rund um den Hof, in Zusammenarbeit mit den Streetworkern, die die Problemkids betreuen. Da sind die normalen Gemeindebaurentner und die jungen Zugezogenen, eine recht lustige Mischung. Es ist entzückend und bietet viel mehr an öffentlichem Raum als früher, auch völlig dekommodifiziert. Wenn ich natürlich Beispiele wie den Donaukanal hernehme, habe ich einen Trend zu extremer Kommerzialisierung. **FRANZ** Aber die halböffentlichen Räume werden quantitativ nicht mehr. Wenn wir uns die neuen Stadtentwicklungsprojekte ansehen, hat man zwar einen schönen Grünstreifen, ob das der Helmut-Zilk-Park im neu errichteten Stadtgebiet Sonnwendviertel ist oder in Aspern der See. Das ist der öffentliche Raum, den alle, auch von außen, nutzen können. Aber die vielen kleinen Räume direkt in den Wohnumgebungen haben nicht mehr den halböffentli-

Nicht jeder, der in dieser Stadt wohnt, ist auch an der demokratischen Teilhabe beteiligt.

YVONNE FRANZ

chen Charakter wie im Gemeindebau – sondern da reiht sich Zaun an Zaun. **KICZKA** Es gibt einerseits die Bemühung nach lokalen Gemeinschaften wie Urban-Gardening-Projekten, doch das kaschiert, dass die Einflussnahme auf gesellschaftlicher Ebene tendenziell sinkt. Man will an öffentlichen Orten mitten in der Stadt Hausordnungen drüberstülpen, die bestimmte Menschengruppen ausschließen. Anstatt auf gesellschaftlicher Ebene damit umzugehen, dass wir viele Verschiedene sind und es auch soziale Probleme gibt – da hilft nicht der Community-Garden, da helfen zum Beispiel Veränderungen im Arbeitsrecht, im Mietrecht, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, wieder mehr über ihr Leben zu bestimmen. Community-Gardens können ein Sprungbrett sein, damit sich Menschen kennenler-

nen, aber das ist die Voraussetzung, nicht die Lösung. **FRANZ** Wir nennen das Vehikel, ein Mittel zum Zweck, um die eigentlichen Problematiken identifizieren zu können. Wenn man Urban Gardening progressiv denkt, könnte es aber auch das Momentum für kollektive Organisation sein. **KICZKA** Es macht ja auch einen Unterschied, ob sich Leute im Rahmen von Guerilla-Gardening selber einen leer stehenden Raum nehmen, da steckt ein widerständiges Moment drin, oder ob die Stadt sich denkt, das ist eine super

G'schicht, wir stellen euch den Garten hin, da kommen die Leute z'samm, mit Zaun herum, und ihr bekommt einen Schlüssel. **MISIK** Menschen können das aber auch tun, ohne es so auszudrücken. Sie gehen vielleicht nicht vor den Gemeindebau und sagen: Ich will den öffentlichen Raum in Besitz nehmen, sondern: Das ist doch eine Katastrophe, auf den sechs Quadratmetern Innenhof, da passiert nix, nur die Hunde scheißen her, da könnt'ma doch an Garten machen? Ich glaube, es gibt eine Sehnsucht nach mehr Community, die auch ein Potenzial der Selbstermächtigung hat. Nur wir kommen wir dorthin? **FRANZ** Es geht über die Alltagsökonomie, die kleinen Geschäfte, das, was wir *public familiarity* nennen. Man kennt sich nicht mit Namen, aber weiß, der geht jeden Tag um sieben in der Hundezone spazieren. Man erkennt die Supermarktkassiererin, den Bäcker, man hat die zufälligen Begegnungen im Stiegenhaus. Diese Elemente wurden in den Gemeindebauten architektonisch sehr schön gestaltet, gehen uns momentan aber im großflächigen Neubau verloren und sind allenfalls noch in der gewachsenen Struktur der Stadt vorhanden. **WERNER** Für mich klingt unsere Diskussion stark nach dem Sozialismus der *Fabian Society*, der ja über das Konzept der Gartenstadt durchaus auch Einfluss auf das Rote Wien hatte. Ich frage mich nur, ob das Rote Wien nicht mehr war?

**SPITALER** Was waren denn zurückgefragt Ihre Beweggründe, sich mit dem Roten Wien zu beschäftigen? Sie betreiben zum Beispiel die Website »The Red Vienna Reader«.<sup>6</sup> **WERNER** Es gibt eine Reihe von praktischen Problemen, die sich am Beginn des Roten Wien finden, die immer noch aktuell sind. Wir befinden uns gegenwärtig in einer epistemologischen Krise der Bourgeoisie, Stichwort Fake News, des Paradigmas eines empirischen Idealismus, wie er von Karl Popper vertreten wurde – mit Unterstützung von Leuten wie Friedrich Hayek, dessen Ziel es war, die im Roten Wien geborenen Ansätze intellektuell zu zerstören. Wenn man sich dem Roten Wien mit einem positivistischen Zugang nähert, liegt man völlig falsch. Denn diese Methodologie wurde genau zu dem Zweck formuliert, um es unmöglich zu machen, herauszufinden, was das Rote Wien war. Um es mit Frantz Fanon zu sagen: Der Kolonisierte präsentiert dem Kolonialherren alle kulturellen Schätze des Roten Wien. Aber die Wahrheit ist, der Kolonialherr interessiert sich nicht dafür, ob der koloniale Untertan eine Geschichte hat. Er interessiert sich nur dafür, dass der Kolonisierte keine Zukunft hat. Mir geht es gerade um die Zukunft dessen, was das Rote Wien ausmachte. Dabei geht es nicht um den Begriff der Utopie, sondern um Hoffnung. Es ist kein Zufall, dass die große Soziologin Marie Jahoda das Rote Wien als eine Ära großer Hoffnung bezeichnete. Das ist der Punkt: Es geht nicht darum, die Vergangenheit einzubalsamieren, sondern herauszufinden, was es mit der Hoffnung auf sich hatte und wie wir sie in unserer intellektuellen Praxis aufgreifen können.

**SPITALER** Das bringt uns zur Frage, wie wir uns die Zukunft von (Stadt-)Politik vorstellen und welche Rolle da das Rote Wien spielt. **VANA** Aktuell brennend finde ich zwei Themen, die Debatten um die Mindestsicherung und um die Notstandshilfe, die als Konflikt zwischen Wien und den Bundesländern schon in der Zwischenkriegszeit geführt wurden. Das Rote Wien hat es zwar nicht umfassend geschafft, hier einen Gestaltungsspielraum zu etablieren, weil dem ökonomische Grenzen gesetzt waren, aber es war der Versuch vorhanden, gestalterisch mitzuwirken. Auf der Ebene der Fürsorge wurde 1928 die Altersfürsorge eingeführt, bereits 1923 wurde die Notstandshilfe eingeführt, die im ländlichen Bereich nicht ausbezahlt wurde. Die Fürsorgeexperten aus Wien haben immer dafür plädiert, ein auf hohem Niveau gemeinsames festgesetztes Level zu finden. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen

Debatte über die Mindestsicherung, der Frage von Möglichkeiten, Anspruchsrechten und wie dieses zweite Sicherungsnetz gedacht werden kann, bräuchte es eine viel stärkere Stimme und mehr Mut vonseiten der Stadtregierung, gestalterisch einzugreifen. Etwa zu sagen, wenn ihr uns die Mindestsicherung für die Kinder streicht, dann zahlen wir sie eben über die Jugendfürsorge aus, denn die Kinder sollen eine eigenständige Absicherung haben.

**Wohnen darf keine Ware sein, wir müssen andere Wege finden. Historisch sehen wir, dass es Wien deshalb heute besser geht als New York oder London.**

**RAPHAEL KICZKA**

Sonst fallen wesentliche Grundpfeiler von dem, was den Sozialstaat in Österreich ausmacht, weg, und sehr viele Leute werden unter die Existenzgrundlage fallen und keine Möglichkeit mehr haben, ihr Leben zu gestalten. **FRANZ** Viele internationale Städte schauen neidisch auf unsere im Großen und Ganzen sozial durchmischten Stadtteile. Wenn wir den Begriff der Hoffnung so formulieren, dass wir diese soziale Kohäsion nicht nur verwalten, sondern aktiv gestalten wollen, sehe ich zwei Positionen in der Pflicht: Einerseits die Ebene der Politik, auf der Umverteilung,

Gemeinwohlorientierung gegenüber Partikularinteressen ins Hintertreffen geraten. Es geht aber auch ein Stück weit um mehr Eigenverantwortung der Einzelnen, nicht nur auf die paternalistische Versorgung zu warten, sondern aktiv zu werden. Ich sehe nur über Eigenverantwortung die Möglichkeit zur tatsächlichen Teilhabe, persönlich oder kollektiv. **MISIK** Man muss auch begreifen, was sich soziologisch, aber auch durch politische Erfolge verändert hat. Mein ehemaliger Schwager, der 1975 als Facharbeiter aus Serbien hierhergekommen ist, hat unlängst zu mir gesagt: Weißt du, Robert, die Sozialdemokratie hat es geschafft, den Leuten Wohlstand zu verschaffen, aber sie hat es nicht geschafft, ihnen die Sicherheit zu geben, dass dieser Wohlstand auch bleibt. Das schafft eine Gereiztheit, die aus Ängsten kommt, und diese Milieus werden sich nicht notgedrungen mit den Armen solidarisieren. Diese Gruppen sind leicht gegeneinander ausspielbar, vor allem wenn man den Ausländertrick anwendet, wie es die Regierung tut. Die Lösung für das Problem wäre einerseits eine politische Kraft, die in der Lage ist, eine andere Geschichte zu erzählen, die Gemeinwohlorientierung als erstrebenswert zeigt. Das andere wäre, wieder so etwas wie Hoffnung zu etablieren. Wir befinden uns heute generell in einer Stimmung der Hoffnungslosigkeit. Den Schritt heraus können weder wir am grünen Tisch erfinden noch die sozialen Bewegungen, noch können es etablierte politische Kräfte wie die Sozialdemokratie in ihrem derzeitigen Zustand. Aber alle zusammen können es möglicherweise. **KICZKA** Was ich am Roten Wien spannend

finde, ist weniger die Utopie als die Wege der Transformation. Der Versuch des ›Sozialismus in einer Stadt‹ mit all seinen Grenzen, und sich im Hier und Heute anzusehen,



was man davon abschauen kann. Wohnpolitisch mitzunehmen: Wohnen darf keine Ware sein, wir müssen andere Wege finden. Historisch sehen wir, dass es Wien deshalb heute besser geht als New York oder London. Es hilft nur ein Gegenentwurf, nicht ein bisschen herumzudoktern, auch die SPÖ hat 1994 an der

Liberalisierung des Mietrechtsgesetzes mitgewirkt. Sondern die Hoffnung und den Mut zu haben, etwas ganz anderes zu wollen. Es geht um Gestaltungsspielraum: Man kann in der Stadtpolitik nicht alles machen, aber was wir machen können, das versuchen wir.

- 1 Ausstellung der *Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik* und des *Meidlinger Kulturkreises* in der Straßenbahn-Remise Wien Meidling, 23. Jänner bis 30. August 1981.
- 2 Stadtentwicklungsgebiet in Wien Donaustadt, in dem bis 2028 Wohnraum für insgesamt 20.000 Menschen geschaffen werden soll. Vgl. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/aspenn-seestadt/> (12.3.2019).
- 3 Ab 2022 soll auf dem Gelände des ehemaligen Nordwestbahnhofs in Wien Brigittenau ein neues Stadtviertel entstehen.
- 4 Arbeitsvermittlung, die in der Zwischenkriegszeit zur behördlichen Einrichtung ausgestaltet wurde.
- 5 Von den bestehenden politischen Strukturen der Länder und Gemeinden unabhängige, föderal organisierte, paritätisch besetzte Körperschaften der Arbeitslosenfürsorge, die dem *Ministerium für Soziale Fürsorge* unterstellt waren.
- 6 Red Vienna Reader, <http://roteswien.com/>.